



Internationaler Versöhnungsbund

Seit 1914 gewaltfrei aktiv gegen Unrecht und Krieg



Veröffentlicht auf *Internationaler Versöhnungsbund* (<https://www.versoehnungsbund.de>)

[Startseite](#) > Buchvorstellung: Henrik Paulitz: Anleitung gegen den Krieg

Buchvorstellung: Henrik Paulitz: Anleitung gegen den Krieg

Fr, 17/03/2017 - 07:48 - Clemens Ronnefeldt

Liebe Friedensinteressierte,

Henrik Paulitz, Wissenschaftler, Publizist und Geschäftsführer der Akademie Bergstraße für Ressourcen-, Demokratie- und Friedensforschung, IPPNW-Referent für Energiepolitik, hat ein tiefeschürfendes und sehr lesenwertes Buch geschrieben, das auch langjährig in der Friedensarbeit engagierten Menschen an vielen Stellen neue Erkenntnisse vermitteln und bestehende Vermutungen durch Fakten belegen kann.

Wesentliche Passagen des Buches habe ich nachfolgend kommentierend ausgewählt und der leichteren Lesbarkeit wegen mit eigenen Überschriften versehen.

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

Buchvorstellung

Henrik Paulitz: Anleitung gegen den Krieg. Analysen und Friedenspolitische Übungen, Akademie Bergstraße, Seeheim-Jugenheim 2016, 231 Seiten.

Rüstungsindustrien als Triebfeder von Kriegen

In einem historischen Abschnitt über den Zusammenhang zwischen dem 1. Weltkrieg und der damaligen US-Rüstungsindustrie beschreibt der Autor ein 1934 eingesetztes US-Komitee, welches herausfand, "dass die Waffenindustrie Preisabsprachen getroffen, sowie vor und während des Krieges im Sinne einer Beteiligung des Landes starken Einfluss auf die US-Außenpolitik genommen hatte. Dem Komitee wurden Anfang 1936 die Mittel entzogen. Es regte drei Neutralitätsgesetze an. Sein Ziel, die Waffenindustrie zu verstaatlichen, konnte es allerdings nicht erreichen." (S. 31). Aus Sicht der US-Rüstungsindustrie sollte auch der Vietnamkrieg nicht schnell gewonnen werden, sondern sich möglichst lange im eigenen Geschäftsinteresse hinziehen.

Militär und Ressourcenverbrauch

Für die jüngsten Kriege in Afghanistan (seit 2001) und Irak (ab 2003) liegen für die US-Streitkräfte konkrete Zahlen bezüglich des Ölverbrauchs vor: "Nach Angaben der Defense Logistic Agency (DLA) sollen für den Irakkrieg (Dritter Golfkrieg) bis Anfang 2006 mehr als 2,8 Milliarden Gallonen Treibstoff

in das Land geliefert worden sein. Der Verbrauch des US-Militärs im Irak wurde auf 30.000 bis 40.000 Barrel pro Tag geschätzt. Hinzu kommen geschätzte 2,2 Milliarden Gallonen Treibstoff für den Afghanistankrieg, bei einem Verbrauch des US-Militärs von über 13.000 Barrel pro Tag. Der Gesamtwert des Ölverbrauchs in den beiden Kriegen in vier Jahren bis März 2006 wurde auf 5 Milliarden Dollar geschätzt." (S. 40).

Am Beispiel eines Ölgebietes im Südatlantik und dessen zunehmender Militarisierung weist Henrik Paulitz auf einen wichtigen Aspekt hin: "Anders als gemeinhin angenommen, werden militärische Mittel also primär nicht zur 'Eroberung' rohstoffreicher Gebiete eingesetzt, um die Energierohstoffe anschließend auszubeuten. Vielmehr dienen die Streitkräfte ganz im Gegenteil dazu, rohstoffreiche Gebiete zu überwachen und gegebenenfalls zu verteidigen, um die Förderung von Erdöl, Erdgas etc. zu verhindern". (S. 48).

Zum Themenkomplex "Ressourcenkriege" zieht der Autor als Fazit: "Der Nachweis, dass Kriege und Besatzungen energiewirtschaftlichen Zwecken und Konzerninteressen dienen, ist ein wesentlicher Hebel zur Delegitimierung von Kriegen schlechthin. (...) Auch kann eine Diskussion über die hohen Kosten der militärischen Raumbeherrschung zum Zwecke der Ressourcenkontrolle zielführend sein. Wenn Steuerzahlern bewusst wird, dass sie mit ihren hohen Zahlungen an den Fiskus militärische Maßnahmen finanzieren, um überhöhte Energiepreise zu halten, könnte das breiten Widerstand zur Folge haben. Es ist friedenspolitisch dringend geboten, die weltweiten Konflikte und Kriege systematisch darauf zu untersuchen, inwieweit sie der Ressourcenkontrolle dienen, und daraus politisch die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen". (S. 51).

Paulitz folgert weiter: "Friedenspolitisch wird es darum gehen müssen, zunächst den volkswirtschaftlich unsinnigen Charakter dieser Weltwirtschaftsordnung, diese teilweise erzwungene Arbeitsteilung zugunsten von Gewinnen von Großkonzernen, zu entlarven. (...) Das Recht auf eine 'souveräne Wirtschafts und Energiepolitik' wie auch das Recht, Handelsbeziehungen frei aushandeln zu dürfen, sollte als wesentliche Grundlage einer friedlichen und freiheitlichen Welt proklamiert werden". (S. 57).

Zerstörungen als Kriegsziel

In erfrischender Deutlichkeit benennt Henrik Paulitz wirtschaftliche Gründe für militärische Feldzüge, die in vielen Fällen nicht offen benannt werden: "Es erscheint dringlich, im friedenspolitischen Diskurs das grundlegende Problem der militärischen Zerstörung von Überkapazitäten und das Geschäft mit dem Wiederaufbau in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken. Es zählt zu den beliebten Verschleierungs-Strategien, solche auf die Existenz und Wohlstandsgrundlagen zielenden Verwüstungskriege als 'vollkommen sinnlos' zu kritisieren. In diesem Zusammenhang fehlt oftmals auch nicht der Hinweis, dass solche Kriege 'nicht zu gewinnen' seien, oder auch der Hinweis auf tote Frauen und Kinder. Für die Profiteure sind diese Kriege alles andere als 'sinnlos' und sie gewinnen in diesen Kriegen, wenn die Schäden an der wirtschaftlichen Infrastruktur wie geplant angerichtet und ganze Gesellschaften in vormoderne Zeiten zurückgebombt werden. Sie gewinnen, wenn sie beim partiellen 'Wiederaufbau' ins Geschäft kommen. Der offene, weltweite Diskurs über derart anti-zivilisatorische Gewaltakte dürfte ein probater Hebel sein, um derartige vormoderne Verwüstungskriege unwahrscheinlicher zu machen". (S. 64f).

Selten hat ein Autor die nachfolgenden Fragen in dieser Deutlichkeit gestellt: "Werden Kriege manchmal gar nicht aufgrund von Sieg oder Niederlage beendet, sondern dann, wenn die Verwüstungen in einem Land im geplanten Ausmaß erfolgt sind? Ist Frieden oftmals gar nicht das Ergebnis harter politischer Verhandlungen, das Ergebnis ausgehandelter Kompromisse zwischen Kriegsparteien, sondern lediglich der Abschluss eines zu Ende gebrachten Zerstörungswerks?" (S. 67).

Sanktionen und Ressourcenkontrolle

Im Jahre 2014 verhängte die Europäische Union Sanktionen gegen Russland, begründet mit der Destabilisierung der Ukraine. Der Autor zeigt auf: "Das Russland-Embargo erweist sich vielmehr als hoch-selektives Instrument der Ressourcenkontrolle: Verboten ist die Lieferung von Gütern und Dienstleistungen für Erdöl-Explorations- und Förderprojekte in Wassertiefen von mehr als 150 Metern, im Offshore-Gebiet nördlich des Polarkreises und für Erdölprojekte, in Ton und Schiefergesteinformationen durch Hydrofracking. Dieselben Sanktionen hatten die Vereinigten Staaten erlassen. Das, was öffentlich als Sanktionierung für die Einmischung in den Ukrainekrieg verkauft wird, sind demnach detaillierte Vorschriften der EU und der USA, wo Russland Erdöl fördern darf und wo nicht. Der eigentliche Zweck des Embargos scheint insofern eine Mengenregulierung der Erdölförderung in russischen Meeresgebieten zu sein". (S. 70).

Kriegskosten nicht auf Kosten der Zivilbevölkerung

Der Autor plädiert auch dafür, das "Töten von Zivilisten als Kriegsziel" zum öffentlichen Thema zu machen, da in aktuellen Kriegen rund 90 Prozent der Opfer Zivilisten seien. Von den anvisierten zwei Prozent des Brutto-Inland-Produktes in Deutschland, die nach dem Willen von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen für Rüstung aufgebracht werden sollen, entfällt ein nicht unerheblicher Teil auf Ressourcenkontrolle. Der Autor stellt die Frage, warum eigentlich die Überwachung und Kontrolle der Erdölförderung durch staatliche Gelder - und nicht aus den Einnahmen der Erdölförderung durch Energiekonzerne erfolgt - und verweist als Erklärung der derzeitigen Situation auf die "realistische Beurteilung der Machtverhältnisse". (S. 92). Eine Stärke des Buches besteht darin, dass es weithin als Selbstverständlichkeiten hingegenommene Fakten als nicht selbstverständlich thematisiert und Denkverbote aufhebt.

Statt Personalisierung: Aufdeckung von Gewalt-Strukturen

"Entlassen Sie die Politik aus der Sündenbockrolle" fordert Henrik Paulitz ab Seite 95 - und plädiert dafür, nicht so sehr einzelne Staaten oder Einzelpersonen (Putin, Trump,) in den Focus zunehmen, sondern die hinter diesen Staaten oder Personen stehenden wirtschaftlichen Strukturen zu beleuchten:

"Der Schlüssel für eine neue Friedenspolitik könnte darin liegen, selbst 'starke und aggressive' Staaten in ihrer Erpressbarkeit wahrzunehmen. Werden nicht mehr vornehmlich Staaten und Politiker, sondern die Mechanismen wirtschaftlicher Nötigung an den Pranger gestellt, dann bahnen sich Wege einer neuartigen Völkerverständigung an. Völker und Regierungen könnten zu dem Ergebnis kommen, dass sie fast alle unter Druck gesetzt werden, Gewalt anzuwenden, ohne es wirklich zu wollen. Eine solche Erkenntnis könnte völlig neue Kräfte für die Bewahrung des Friedens freisetzen". (S. 95).

Bereits in den 60er Jahren nahm in den USA weniger als ein Prozent aller Firmen 88 Prozent aller Gewinne ein. Vor dem Hintergrund der aktuellen verschärften Machtkonzentration zitiert der Autor die Washington Post vom 21. April 2014 mit dem Satz, "Amerika ist nicht mehr länger eine Demokratie" sowie den ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter, der "am 28. Juli 2015 die USA eine 'Oligarchie'" nannte.

Multinationale Konzerne als kriegtreibende Kräfte

Multinationale Konzerne betrachteten funktionierende Demokratien als "Geschäftsrisiko", erwünscht sei von Eliten eine "Zuschauerdemokratie". Ein hoch aktuelles Zitat hat der Autor beim ehemaligen US-Präsidenten John F. Kennedy aus dem Jahre 1961 entdeckt:

"Wir sind mit einer weltweiten monolithischen und skrupellosen Verschwörung konfrontiert, die ihren Einfluss mit verdeckten Mitteln ausdehnt (...). Es ist ein System, in dem gewaltige menschliche und materielle Ressourcen für den Aufbau eines straffen, hocheffizienten Apparates verpflichtet wurden, der militärische, diplomatische, geheimdienstliche, wirtschaftliche, wissenschaftliche und politische Operationen aufeinander abstimmt". (S. 98).

Lediglich 147 transnationale Konzerne bildeten ein "in sich geschlossenes System": „Die Mitglieder dieser Super-Einheit kontrollieren sich gegenseitig, weil sie sich über ein kompliziertes Geflecht von Beteiligungen größtenteils in wechselseitigem Besitz befinden". (S. 100). Spannend wird es, wenn es ins Detail geht: "An Rosneft, einem der weltweit führenden Ölkonzerne mit Sitz in Moskau, ist mehrheitlich der russische Staat und mit rund 20% British Petroleum (BP) beteiligt. British Petroleum zählt zum Kern der weltweit führenden Ölmultis, die auch als 'Big Oil' bezeichnet werden und eng mit dem Aufstieg der global tätigen Finanzhäuser verbunden sind. Rosneft hält die Aktienmehrheit am ebenfalls in Moskau ansässigen, weltweit größten Erdgasförderunternehmen Gazprom. An Gazprom, einem der größten Unternehmen Europas, ist mit rund 27% ferner die Bank of New York Mellon beteiligt, die wie gezeigt laut Studie der ETH Zürich zum Kern der 'Elite der Elite' gehört". (S. 101).

Der Autor konnte noch nicht ahnen, dass mit Rex Tillerson der ehemalige Exxon-Chef im Januar 2017 zum neuen US-Außenminister ernannt werden würde - nachdem er noch eine 180 Millionen US-Dollar Abfindung von seinem altem Arbeitgeber Exxon zugesagt bekam. Henrik Paulitz hat bereits 2016 über den "Einfluss der Standard Oil Company (heute u.a. Exxon und BP) auf die Politik der USA" Anton Zischka zitiert: "Die Standardleute hatten Minister und Senatoren in ihrem Sold und - zumindest - einen Präsidenten: Der Senator Harding war 1920 vor allem mit dem Geld der Petroleumindustrie in das Weiße Haus gewählt worden, und so hatte der Präsident Harding sich natürlich erkenntlich zeigen müssen. Er machte einen der Direktoren und Rechtsvertreter der Standard Oil, Hughes, zum Außenminister und damit die amerikanische Diplomatie zu einem Instrument der Rockefeller-Interessen". (S. 103).

Die Abfindung für Rex Tillerson wird sich vermutlich zukünftig positiv auf die Interessen von Exxon auswirken. Georg W. Bushs Wahlkampf wurde zu mehr als 80 Prozent von der Rüstungs- und Erdölindustrie finanziert - die sich vom Irak-Krieg 2003 eine "Dividende" erhofft hatten. Der Autor zeigt dankenswerterweise auf, dass auch in Deutschland ähnliche Strukturen wirken: "Aus einer Antwort der Bundesregierung vom 13. November 2006 geht hervor, dass im Auswärtigen Amt insbesondere Mitarbeiter der Energiewirtschaft (BP, Wintershall, E.On, Siemens) und der Rüstungsindustrie (EADS, DaimlerChrysler) tätig waren". (S. 104).

Henrik Paulitz fasst zusammen: "Das Grundproblem ist, dass in Darstellungen und Diskussionen über politische Entscheidungen fast immer nur vom Willen von Staats bzw. Regierungschefs bzw. von Staaten die Rede ist, nicht aber von den Absichten transnationaler Konzerne. Es ist schwerlich bestreitbar, dass den Staaten bzw. Politikern permanent mächtige Akteure und Konzern-Interessen im Nacken sitzen. Die Reduktion auf den (angeblichen) Willen der Staats und Regierungschefs wird der Komplexität der realen Machtverhältnisse und den tatsächlichen Abläufen bei der politischen Willensbildung nicht gerecht. Die nicht an einzelne Staaten gebundene, global denkende und handelnde 'wirtschaftliche Macht' wird als Einflussfaktor auf Fragen von Krieg und Frieden praktisch ausgeklammert". (S. 105f).

Abkehr von der Sündenbocksuche - Benennung von Gewaltakteuren

"Der Autor zitiert Florian Rötzer: "Die Personalisierung des Bösen ist ein billiges Spiel, das medial inszeniert wird. (...) Wer selbst Propagandakriege führt, muss dem Gegner dies in die Schuhe schieben, während man selbst die Wahrheit vertritt. Auch das funktioniert bestens auf beiden Seiten". (S. 106).

Martin "Jänickes Begriff der Sündenbockrolle der Politik trifft den Kern des Problems, wenn bei außenpolitischen Entscheidungen stets nur Namen wie Assad, Clinton, Putin, Merkel und Erdoğan oder Staaten wie USA, Russland, Nordkorea, Irak, Iran und Syrien genannt werden, nicht aber von Barclays, JP Morgan Chase, Royal Dutch Shell, Gazprom, Lockheed Martin oder Airbus die Rede ist. Politiker werden als allmächtige Alleinentscheider inszeniert und Länder als Schurkenstaaten präsentiert, obwohl Kriegsentscheidungen womöglich in Konzernzentralen vorentschieden und entsprechende politische Entscheidungen von diesen maßgeblich mit herbeigeführt werden". (S. 107).

Dem Fazit von Henrik Paulitz ist wenig hinzuzufügen: "Neben der politischen sollte immer auch die wirtschaftliche Macht in den Blick genommen werden, um die Mechanismen zu verstehen, die zur Herbeiführung von Kriegen führen, und um wirksame Ansätze für deren Verhinderung zu entwickeln" (S. 107).

Zur Rolle Deutschlands schreibt der Autor:

"Mit der Ansage, der außenwirtschaftliche Erfolg und der Wohlstand Deutschlands stünde auf dem Spiel, wird dieses Land - von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen - massiv unter Druck gesetzt, die Rüstungsausgaben deutlich zu erhöhen und sich 'führend' an Kriegen zu beteiligen. Vieles deutet daraufhin, dass die Bundesrepublik Deutschland - gegen den eigenen Willen - die Rolle einer Ordnungsmacht in Europa, im Nahen Osten im Norden Afrikas übernehmen soll". (S. 114).

Nach den Drohungen von US-Vizepräsident Mike Pence auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2017 hat nun auch die Öffentlichkeit wahrgenommen, welcher Druck aus Washington zu erhöhten Rüstungsausgaben aufgebaut wird.

Dass die Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen allerdings danach so bereitwillig und offensiv die Erhöhung des Verteidigungsetats von 1,2 auf 2 Prozent forderte, schien zumindest bei ihr nicht "gegen den eigenen Willen" zu erfolgen. Der Autor geht auch auf die Studie "Neue Macht - Neue Verantwortung", gemeinsam herausgegeben von der (deutschen) Stiftung Wissenschaft und Politik und des (US-amerikanischen) German Marshall Funds ein, die aufzeigt, wie auch das einflussreichste Deutsche Politikberatungsinstitut massiv auf eine härtere militärische Ressourcen und Interessensicherung eingeschwenkt ist.

Offizielle und inoffizielle Kriegsziele

Henrik Paulitz zitiert den Londoner Wirtschaftswissenschaftler David Keen, der zwischen offiziellen („expressed“) und inoffiziellen („unexpressed“) Zielen von Kriegen unterscheidet und betont:

"Auch wenn die offiziellen Kriegsziele nicht erreicht werden, werden dennoch eine Reihe inoffizielle verwirklicht. Wenn beispielsweise das offizielle Ziel, Rebellen zu besiegen, verfehlt und stattdessen ein Staatszerfall das Ergebnis eines Krieges ist, so mag der 'failed state' das inoffizielle tatsächliche Kriegsziel gewesen sein, beispielsweise weil dann ständig rivalisierende 'Terrorgruppen' den Ausbau der Erdölförderung verhindern. Während in diesem Fall also das offizielle Ziel des Niederringens einer Rebellengruppe nicht erreicht und der Krieg als gescheitert erklärt wird, wird das eigentliche Kriegsziel Ressourcenkontrolle verwirklicht. Neben der Öffentlichkeit kennt auch der weit überwiegende Teil der Politik die inoffiziellen Ziele nicht. Die Politik ist insofern, so muss man unterstellen, nicht hinreichend dazu in der Lage, die Folgen des eigenen Handelns abzuschätzen, wird aber in ihrer 'Sündenbockrolle' dennoch für alles in die Verantwortung genommen". (S. 125).

Zum militärisch-industriellen Komplex

Der Autor erinnert auch daran, dass zwei US-amerikanische Präsidenten über den Einfluss eines

militärisch-industriellen Komplexes klagten. Paulitz fragt: "Wie ist es möglich, dass derart weitreichende und bedeutsame Aussagen von zwei US-Präsidenten in der Konfliktanalyse weithin einfach ignoriert werden? Warum ist relativ unscharf von einem 'US-Imperium' die Rede, statt den militärisch-industriellen Komplex an den Pranger zu stellen und Strukturen zur Überwindung dieses undemokratischen Machtkomplexes zu entwickeln? Unter welchen Bedingungen kommen Entscheidungen von weiteren, militärisch sehr aktiven Ländern wie Großbritannien und Frankreich zustande, wie kommt es zur Aufrüstung Chinas und Indiens?"

Es könnte das Bild dieser Welt verändern, würden Politikwissenschaftler und Historiker systematisch der Frage nachgehen, inwieweit Länder gedrängt, genötigt oder sogar erpresst werden, gegen ihren Willen Terror zu begünstigen und andere Länder mit Kriegen zu überziehen, um sie zu bestrafen. Solche Untersuchungen sind allerdings nur dann sinnvoll, wenn sie wirklich ergebnisoffen, mit der erforderlichen fachlichen Sorgfalt und nicht interessengeleitet durchgeführt werden". (S. 129).

Flüchtlinge und Missbrauch von Flüchtlingshilfe

Einen weiteren Impuls setzt der Autor beim Themenkomplex "Flüchtlinge - Flüchtlingshilfe - Missbrauch der Hilfe durch militärische Gruppen", in dem er ausführlich Herfried Münkler zitiert: „'Flüchtlingslager sind zur allgegenwärtigen Begleiterscheinung der neuen Kriege geworden', so Münkler. In ihnen werde das menschliche Leid und Elend dieser Kriege durch internationale Hilfsorganisationen gelindert. Was in den reichen Ländern 'zumeist gut gemeint und als karitative Handlung gedacht ist, hat in den Kriegs- und Krisengebieten oft verheerende Folgen, weil sich die Kriegsparteien selbst daraus alimentieren', so Münkler. Die verteilten Nahrungsmittel und Medikamente dienen 'auch zur Versorgung der Kriegsparteien'.

Flüchtlingslager seien keineswegs bloß die „Müllhalden des Krieges“, sondern ebenso „dessen Nachschubzentren und Kraftreserven, in denen die humanitäre Hilfe internationaler Organisationen zumindest teilweise in Ressourcen für die Fortführung des Krieges umgewandelt wird.“ (S. 132).

Für alle Warlords gelte, „dass sie ganz gezielt Flüchtlingslager als Rückzugs- und Rekrutierungsgebiete nutzen, da sie dort auf die Hilfslieferungen internationaler humanitärer Organisationen zugreifen können.“ Systematisch würden „Hilfskonvois gestoppt und durchsucht, und dabei wird das abgezweigt, was die Bewaffneten selbst brauchen können - nur was nicht benötigt wird, darf passieren.“ (S. 132).

Offen bleibt die Frage, wie die beschriebenen Probleme in der Praxis gelöst werden können, ohne dass Menschen durch die Einstellung von Hilfsgüterlieferungen noch mehr Leiden erfahren. Hier wären Kriterien notwendig - oder auch das Aufzeigen von positiven Beispielen, wo es gelungen ist, konstruktive Lösungen zugunsten Notleidender und zuungunsten von militärischen Kräften zu finden.

Banken und Kriegsfinanzierung

Eindeutiger ist der Punkt "Kriegsfinanzierung": "Kriege erfordern eine permanente Geld-Zufuhr. Auf diese Weise sind an Kriegen meistens mehr Staaten beteiligt, als man unmittelbar wahrnimmt und, ebenso unsichtbar, auch private Kreditgeber. Manche Staaten müssen den Krieg führen, andere müssen ihn bezahlen und am Ende verdienen die Banken". (S. 135).

Viel wäre gewonnen, wenn durch gezieltes Divestment all jenen Banken die Geschäftsgrundlage entzogen werden könnte, die sich an der Finanzierung von Kriegen bereichern. "Urgewald" und andere Nichtregierungsorganisationen haben ausgezeichnete Studien (z.B. "Die Waffen meiner Bank") vorgelegt, die die Verflechtungen von Banken in Rüstungsfinanzierungen transparent darstellen.

Medien und Terror

"Der Erfolg eines terroristischen Anschlags bemisst sich vor allem 'an der Intensität und Dauer der Berichterstattung über den Anschlag', so Münkler. 'Fehlt eine entsprechende Mediendichte oder unterliegt die Berichterstattung einer politischen Zensur, haben terroristische Strategien nur geringe Erfolgsaussichten.' Das aber bedeutet, dass die Berichterstattung über Terrorismus selbst Kern des Problems ist. Medien könnten die Wirkung relativ bedeutungsloser Anschläge vielfach verstärken. Sie seien 'der Garant dafür', dass inzwischen 'Prämien auf die radikal asymmetrische Strategie der neuen Terrorkriege gezahlt werden. Im asymmetrischen Krieg sind die Medien selbst zu einem Mittel der Kriegführung geworden', so Münkler. Terrorismus sei eine Form der Kriegführung, 'in welcher der Kampf mit Waffen als Antriebsrad für den eigentlichen Kampf mit Bildern fungiert.'" (S. 154).

Der Autor schlussfolgert: "Es wird vor diesem Hintergrund eine Debatte zu führen sein, wie erreicht werden kann, dass Medien ihre Berichterstattung über Terroranschläge drastisch einschränken. Ziel muss sein, dass der Terrorismus seine Wirkung auf die Weltöffentlichkeit und somit seinen Zweck verfehlt". (S. 154).

Versöhnung vor dem Krieg statt nach dem Krieg

Henrik Paulitz schreibt: „'Das Böse' müsse bekämpft werden, lautet wie selbstverständlich die Botschaft im Vorfeld von Kriegen. (...) Ein innergesellschaftlicher bzw. internationaler Konflikt kann in einer derart aufgeheizten Stimmung als Ventil dienen. Ist es erst einmal so weit, dann kann eine gewaltsame Auseinandersetzung, ein Krieg psychologisch für Manche als das geringere, jedenfalls als ein notwendiges Übel erscheinen, um 'das Böse zu stoppen'. In einer derart zugespitzten Situation ist es für die am Krieg interessierten Kräfte ein Leichtes, einer Gesellschaft einen Krieg als angebliche 'Druckentlastung' nahezu legen, nach dem Motto: 'Die Luft muss raus.' Erst nach dem Waffengang merkt man, worauf man in dieser hochgepeitschten Stimmung zuvor hereingefallen ist.

Von den nach Kriegen als selbstverständlich verlangten 'Versöhnungsprozessen' ist in Vorkriegszeiten nur selten die Rede. Unmittelbar nach fast jedem barbarischen Gewaltakt aber soll die Bevölkerung urplötzlich in der Lage sein, 'unüberwindbare' Gräben zu überwinden, obwohl gesellschaftliche oder sogar individuelle extreme Leiderfahrungen hinzugekommen sind. Diese Paradoxie völlig unterschiedlicher Erwartungen vor und nach einem Krieg, die aufgrund einer perfiden Ausübung ideologischer Macht nicht als Widerspruch empfunden wird, in einem ersten Schritt zu erkennen und in einem zweiten Schritt zu durchkreuzen, ist ein wesentlicher Schlüssel zum Frieden. Einmal durchschaut, ist es eigentlich banal: Die Versöhnung muss vor einem drohenden Krieg erfolgen mit dem Ziel, den Krieg von vornherein zu verhindern". (S. 170).

Achtsame Sprache: "Internationale Erwartungen" entlarven

Der Autor schreibt: "Es sind offenkundig die - hoch-offiziell kryptisch formulierten - „internationalen Erwartungen“, die das globale System ständiger Kriege erzwingen, die von mehr oder weniger langen Friedensphasen unterbrochen werden, oder, wie im Nahen Osten, durch dauerhaft schwelende Konflikte charakterisiert sind. Wer dauerhaften Frieden anstrebt, muss sich daher mit den Hintergründen auseinandersetzen, die in der Sprache der Diplomatie als 'internationale Erwartungen' bezeichnet werden. Wer dauerhaften Frieden anstrebt, muss also neue Strukturen etablieren, die diesen extrem destruktiven internationalen Erwartungen den Boden entziehen". (S. 178).

Konversion von Energiekonzernen

Henrik Paulitz bilanziert: "Es geht um die fundamentale Frage, ob die Menschheit weiterhin in einer Welt mit Großkonzernen und Krieg, oder ob sie in einer Welt mit souveränen Staaten und

dauerhaftem Frieden leben möchte. Die Herausforderung besteht darin, dass die Konzerne und ihre Eigentümer einen solchen Weg hinnehmen müssten, der ihre Macht begrenzen und perspektivisch beenden würde. Es müssten friedliche Wege des Übergangs gefunden werden, die auf Einsicht und Vernunft beruhen. Eine öffentliche Debatte über die Notwendigkeit, die undemokratische Macht von Konzernen und Eliten zu beenden, könnte ein erster Schritt in diese Richtung sein. Als weiterer Schritt käme die allmähliche „Konversion der Energiekonzerne“ in Frage: die Entflechtung in einzelne Unternehmensteile, die in landeseigene und kommunale Energie-Unternehmen oder beispielsweise auch in Energiegenossenschaften überführt werden.

Friedenspolitische Übungen und Vertrag zur Bewahrung des Friedens

Zwölf über das ganze Buch verteilte "Friedenspolitische Übungen" zu Themen wie "Feindschaft und Spaltungen überwinden" oder "Schutzverantwortung" laden zum selber Denken ein und ergänzen mit ihren Fragen die einzelnen Kapitel.

Das Buch endet mit einem Modell-Friedensvertrag, der in seiner realpolitischen Ausrichtung etliche Schlupflöcher offen lässt, um bei Notfällen doch wieder militärische Gewalt einzusetzen. Nach all den erhellenden Erkenntnissen zuvor wäre dem Autor zu wünschen, bei einer Neuauflage einen stärker pazifistisch ausgefeilten "Vertrag zur Bewahrung des Friedens" zu formulieren, der diese Schlupflöcher stopft und den großen Wurf riskiert: Eine Zukunft ohne militärische Gewalt.

Dem Buch von Henrik Paulitz ist eine weite Verbreitung zu wünschen - weil es für die Zukunft unseres Planeten zentrale Fragen aufwirft, die es zu bearbeiten und zu beantworten gilt.

Henrik Paulitz: Anleitung gegen den Krieg Taschenbuch, 231 Seiten Akademie Bergstraße, 2016
Lektor: Dr. Winfrid Eisenberg ISBN 978-3-9818525-0-9 Preis: 19,80 Euro

Bestellbar in jeder Buchhandlung oder unter: <https://www.akademie-bergstrasse.de/best> [1]

Alle Beiträge von Clemens Ronnefeldt finden sich in unserem [FriedensBlog](#) [2].

Quell-URL: <https://www.versoehnungsbund.de/2017-cr-03-16?page=13>

Links

[1] <https://www.akademie-bergstrasse.de/best> [10];

[2] <https://www.versoehnungsbund.de/friedensblog>